04 / 2012 www.sabine-baetzing.de 10.02.12

Infoservice

# Sabines Woche

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
auf ins Wochenende… nach einer erneuten „verwulfften“ Woche haben wir uns das Wochenende auch redlich verdient. In der nächsten Woche nähert sich der Höhepunkt der „fünften Jahreszeit“: der Schwerdonnerstag! Aber bevor wir im Wahlkreis so richtig feiern können, sieht es wohl so aus, als das wir am 15. nochmal zu einer Sondersitzung nach Berlin müssen, da die Kanzlerin noch eine Sonderregierungserklärung zum EU-Fiskalpakt abgeben will.
Na, wir sind sehr gespannt- vielleicht erzählt sie ja auch ein bisschen von ihrem Freund Sarkozy, dem sie zur Zeit so toll im Wahlkampf hilft… ob er sich da mal nicht ins eigene Fleisch schneidet? Und die FDP wetzt auch schon wieder die Messer und wehrt sich gegen diesen deutsch-französischen Wahlkampf von „Merkozy“. Und damit haben wir auch in dieser Sitzungswoche wieder „unseren“ schwarz-gelben Regierungskrach. Wir hatten ihn auch schon fast vermisst ☺
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Paul-Löbe-Haus**
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de**

**Dierdorf**
Hauptstraße 9
56269 Dierdorf

Telefon: (0 26 89) 92 99 20
Fax: (0 26 89) 92 99 21
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de**


## Topthema

**Energie – Die Wende wird nicht ernst genommen!**

Die Energiewende – von uns und den Grünen gestartet – läuft seit mehr als zehn Jahren. Seit 2009 aber wird sie durch Schwarz-Gelb gefährdet. Sie bleibt das wichtigste Umbauprojekt dieses Jahrzehnts, eine Operation am offenen Herzen in einem der am dichtesten besiedelten Länder und einer der größten Volkswirtschaften weltweit.
Doch sie droht am kleinkarierten Regierungschaos ebenso wie an der Ignoranz von Kanzlerin Merkel zu scheitern – mit unabsehbar negativen Folgen für die Verbraucher und für die Industrie in Deutschland. Bald ein Jahr ist seit Fukushima vergangen, und die Warnungen kommen inzwischen von allen Seiten. Der Bundesverband der Deutschen Industrie kritisiert: „Die Energiewende wird nicht durch Reden bewirkt, sondern durch Fakten, und das nimmt die Politik nicht ernst genug.“ Energieintensive Industrie wandere ab. Ebenso die Industriegewerkschaft IG BCE: „Es fehlt an allen Ecken und Enden an Koordination und Entscheidungen, es fehlt bis heute an einem stringenten politischen Management.“ Ob Versorgungssicherheit, Preise, berechenbare Bedingungen für Investitionen, Fortschritte beim Klimaschutz – das Handeln der Bundesregierung bleibe „vage, unkoordiniert und Antworten schuldig“.
Schon im November 2011 hatte der deutsch-niederländische Netzbetreiber Tennet, der im Norden für den Anschluss der Offshore-Windanlagen verantwortlich ist, einen Hilferuf an das Kanzleramt gerichtet. Die Anbindung der Anlagen sei „in der bisherigen Form nicht länger möglich“, nötig sei ein „geordneter Offshore-Entwicklungsplan“. Verunsicherung der Investoren, Lieferschwierigkeiten bei Spezialkabeln, Probleme mit der Baugenehmigung und der Finanzierung stellen den Ausbau der wichtigsten regenerativen Energiequelle in Frage.
Schleswig-Holstein hat von 700 Kilometern Netzausbau, die bis 2014 vorgesehen sind, gerade erst 30 Kilometer realisiert. Windanlagen in der Nordsee werden errichtet, aber der Abtransport des Stromes bleibt aus. Dabei hat die Bundesregierung eine Rechtsgarantie gegeben, dass der Anschluss von Offshore-Kapazitäten innerhalb von 30 Monaten erfolgt. Die Verzögerungen der Projekte belaufen sich schon auf Jahre.
Versagt hat da auch die schwarz-gelbe Landesregierung in Kiel. Dringend erforderliche Genehmigungen wurden nicht bearbeitet, weil die Behörden nicht handlungsfähig waren. Hier zeigt sich nicht nur, wie schwer das politische Versäumnis Merkels wiegt, den Netzausbau in einer deutschen Netz AG zu bündeln, die wir noch vor dem Verkauf der Energienetze gefordert haben. Was Schwarz-Gelb und das Kanzleramt offenbar zu keinem Zeitpunkt verstanden haben: Für den Umbau der Energiebasis reicht es nicht, Atomkraftwerke abzuschalten und ein paar Gipfel und Kommissionen mit schönen Reden zu inszenieren. Die Sachverständigen-Kommission wurde von Merkel als Feigenblatt missbraucht.
Gerade auf die zentrale Forderung eines Monitoring der Energiewende konnte man sich nicht einigen. Das Ausbleiben einer fortlaufenden konzentrierten Steuerung ist der Kardinalfehler. Ein Anachronismus ist die Aufspaltung der Zuständigkeiten für erneuerbare und konventionelle Energien. Wir brauchen die politische Kompetenz für Energiepolitik und Netzausbau in einer Hand. Es ist nichts als Eitelkeit, wenn der Bundesumweltminister und der Bundeswirtschaftsminister die Vertreter der Wirtschaft gesondert einladen und es monatelang nicht schaffen, aus den Gesprächen gemeinsame Schlüsse zu ziehen. Das Kanzleramt wiederum verweigert die Entscheidungsfindung, für die es da ist. Diese Hühnerhofmentalität der Kompetenzstreiterei sabotiert die Energiewende. Für Verbraucher, die auf den Euro achten müssen, aber auch für die sensiblen Industrien, die weder Preisschocks noch Schwankungen im Netz vertragen, brauchen wir unverzüglich eine politische Initiative zur Stabilisierung des Versorgungssystems. Wichtig ist nicht nur die Summe installierter Kapazitäten zur Stromerzeugung.

Was wirklich zählt, ist die zu jedem Zeitpunkt bei den Verbrauchern verfügbare Leistung. Im vergangenen Jahr wurde kein einziger moderner Kraftwerksneubau begonnen. Andererseits stößt die Förderung der Installation von Photovoltaik, von der deutsche Solarhersteller immer weniger profitieren, erkennbar an die Grenzen der Wirtschaftlichkeit.
Das EEG war richtig und ist ein Katalysator der Energiewende. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir es innovativ weiterentwickeln müssen. Der Zubau der erneuerbaren Energien muss mit der Aufnahmefähigkeit des Stromnetzes synchronisiert werden. Illusionär ist die Annahme, die Energiewende sei allein durch den Ausbau erneuerbarer Energien zu schaffen. Die Bundesregierung aber unterschätzt die Chance und das große Potenzial der Energieeffizienz. Hier aber geht es gerade um die Wertschöpfung in Deutschland, um Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes, um die Zukunft unserer Industrie, um Arbeitsplätze in Mittelstand und Handwerk, in der Klima- und Heiztechnik. Hier fehlen die entscheidenden Investitionsimpulse.

## Arbeit & Soziales

**Mutige Arbeitnehmer – Sie brauchen rechtlichen Schutz!**
Unsere Gesellschaft profitiert von mutigen Arbeitnehmern, die auf Gammelfleischskandale oder Notstände in Pflegeheimen hinweisen. Der Hinweisgeber selbst, auch Whistleblower genannt, geht damit aber ein hohes Risiko ein und wird häufig wegen Geheimnisverrat gekündigt. Es wird deshalb Zeit, dass die Rechte und Pflichten von Hinweisgebern endlich verbindlich geregelt werden.
Wir wollen eine einheitliche rechtliche Regelung, wer unter welchen Umständen wen über Missstände informieren darf. Unser Gesetzentwurf beseitigt Rechtsunsicherheit, indem er ein Anzeigerecht für Hinweisgeber festlegt.
Maßreglungen, "Mobbing" und Kündigungen aufgrund von rechtmäßigen Hinweisen sind künftig verboten. Flankierend und zur Durchsetzung des Benachteiligungsverbots stehen dem Hinweisgeber Schadensersatz- und Schmerzensgeld-ansprüche sowie unter bestimmten Voraussetzungen ein Leistungsverweigerungsrecht zu.
Dieser rechtliche Schutz muss allerdings flankiert werden von einem gesellschaftlichen Klima, in dem Hinweisgeber nicht als Denunzianten verleumdet werden, sondern ihre Zivilcourage anerkannt wird. Der Gesetzentwurf wird noch diese Woche in den Bundestag eingebracht und Thema einer Sachverständigenanhörung am 27. Februar sein.

## International

**Palästina – Versöhnung zwischen Fatah und Hamas!**
Mit der Einigung auf die Bildung einer "Regierung der nationalen Einheit" unter der Führung von Mahmud Abbas ist heute eine zentrale Absicht des Versöhnungsabkommens zwischen Fatah und Hamas erfüllt worden.
Die Einigung ist ein positives Signal für die wachsende Souveränität Palästinas, die Bevölkerung und die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten im Gazastreifen und im Westjordanland. Die Regierungsbildung ist insbesondere vor dem Hintergrund der seit 2011 beschleunigten politischen Dynamik der gesamten Nahostregion und eskalierender Gewalt im angrenzenden Syrien als positiv zu bewerten. Mit ihr ist auch eine wichtige Voraussetzung für eine weitere Friedensinitiative zwischen Palästinensern und Israelis erfüllt.
Das Ziel dieser Initiative kann nur eine friedliche Koexistenz von Palästinensern und Israelis in sicheren Grenzen sein.

## Menschenrechte

**Weibliche Genitalverstümmelung – Weltweit ächten!**
Die Beschneidung weiblicher Genitalien ist ein Gewaltakt gegen die Frau. Sie ist eine schwere Menschenrechts-verletzung, als solche seit 1995 international anerkannt und durch nichts zu rechtfertigen, auch nicht mit der Achtung kultureller Traditionen unterschiedlichster Art. Weibliche Genitalverstümmelung ist eine menschenrechtswidrige Praxis und muss endlich weltweit geächtet und beendet werden. Jedes Jahr erleiden weltweit circa drei Millionen Mädchen die brutalen Verstümmelungen und tragen dabei nicht nur bleibende körperliche Verletzungen und chronische Schmerzen, sondern auch ein lebenslanges psychisches Trauma davon.
Nach Schätzungen der Frauenrechtsorganisation der Vereinten Nationen "UN Women" sind mehr als 130 Millionen Mädchen und Frauen weltweit beschnitten. Die meisten Betroffenen leben in Afrika und in einigen Ländern Asiens. In manchen afrikanischen Regionen sind mehr als 90 Prozent der Frauen, die älter als 14 Jahre sind, beschnitten. In Ägypten beispielsweis sind 91 Prozent der Frauen verstümmelt. Dieser Brauch gefährdet Mädchen und junge Frauen auch bei uns. Genitalverstümmelung ist zwar in allen EU-Mitgliedstaaten verboten, dennoch ist bei uns das Problem noch nicht gelöst, da die Praxis unter Zuwanderern in der EU teilweise noch aufrechterhalten wird.
Gerade im Bereich der Genitalverstümmelungen hat man es mit einem enorm großen Dunkelfeld zu tun. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, betroffenen Frauen und Mädchen, wo auch immer, zu helfen. Sie müssen wissen, an wen sie sich wenden können, wenn sie in Gefahr sind. Deswegen ist die Arbeit des Netzwerkes Integra von enormer Bedeutung. Bei Integra handelt es sich um ein Netzwerk von zahlreichen deutschen Organisationen, wie beispielsweise Amnesty International, UNICEF, UN Women, MISEREOR, Terre des femmes und weitere, die sich für eine Überwindung weiblicher Genitalverstümmelung einsetzen. Unsere Anstrengungen im Kampf gegen Genitalverstümmelung müssen sich auf die Staaten richten, in denen diese Praxis angewandt wird und zumeist auch gesetzlich nicht verboten ist. In Kenia gibt es beispielsweise ein Projekt, das es geschafft hat, die dortige Gesellschaft von Grund auf zu verändern. Obwohl weibliche Genitalverstümmelung in Kenia verboten ist, ist die Praxis nach wie vor weit verbreitet. Das macht es schwer, ein Umdenken in den Köpfen der dortigen Gesellschaft zu bewirken. Durch Seminare und Informationsveranstaltungen konnten jedoch bereits erste große Erfolge erzielt werden: Die Beschneidungsrate lag in dem betreffenden Gebiet 2002 bei rund 98 Prozent; seit Beginn der Aufklärungsarbeit konnte die Zahl der Verstümmelungen um 50 Prozent gesenkt werden. Diese Erfolge müssen gewürdigt und auch in anderen Ländern voran gebracht werden.

## Bonbon

**„Die 65-jährigen laufen nicht mehr so schnell wie 25- jährige, aber sie kennen die Abkürzungen“**
**(Franz Müntefering, SPD)**

## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **10.02.12** | **20.00 Uhr** | **Strünzerball Linz** |
| **11.02.12** | **11.00 Uhr** | **Tibet-Gesprächskreis AK** |
| | **19.00 Uhr** | **Karneval KG Altenkirchen** |
| **14.02.12** | **17.00 Uhr** | **Beirat Mehrgenerationenhaus** |
| **15.02.12** | **13.00 Uhr** | **Landesschule Gehörlose NR** |
| **16.02.12** | **14.00 Uhr** | **Breitscheider Möhnen** |
| | **19.11 Uhr** | **Leutesdorfer Möhnen** |